Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro GM. b. H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 12. November	Nr. 1509

UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES NOV 30 1936 LIBRARY

Teilnahme des englischen Königs an einer Gedenkfeier.

London, 12. November. Der König nahm Mittwochabend an der Gedächtnisfeier der British Legion zu Ehren der im Weltkriege Gefallenen in der Albert Hall teil. Er selbst sprach einige Worte der Erinnerung, auf die die versammelten Tausende ehemaliger Frontsoldaten antworteten: „Wir gedenken ihrer".

Im Anschluß daran rieselten wie ein roter Regen mehr als eine Million Mohnblumen von dem Dach der Riesenhalle. Für jeden gefallenen britischen Soldaten war eine dieser Mohnblumen gedacht.

Bisher keine englische Anfrage an Rom.

London, 12. November. Der Reuter-Vertreter in Rom teilt mit, es sei ihm von amtlicher Stelle als unrichtig bezeichnet worden, daß der britische Botschafter in Italien Sir Eric Drummond die italienische Regierung um eine Erklärung der Wünsche Mussolinis bezüglich einer Mittelmeerverständigung gebeten habe. Die britische Regierung habe bisher kein derartiges Ersuchen an die italienische Regierung gerichtet.

In politischen Kreisen in Rom nehme man jedoch an, daß, wenn eine derartige Anfrage kommen sollte, Mussolini gern die gewünschte Auskunft geben würde. In diplomatischen Kreisen meine man, daß eine weitere Erläuterung notwendig sein dürfte, bevor Fortschritte gemacht werden könnten. Bisher sei jedoch keine Erklärung gefordert oder gegeben worden.

Baldwin warnt die Labour Party vor dem Druck der Straße.

London, 12. November. Im Laufe der Unterhausaussprache am Mittwoch unternahm die Opposition unter Führung der Labour Party einen Vorstoß gegen die Regierung, indem sie forderte, daß die Hungermarsch-Zeitnehmer aus den Notstandsgebieten ihre Beschwerden vor dem Parlament vorbringen sollten. Die Regierung hatte bekanntlich schon vorher den Empfang einer Abordnung abgelehnt.

Ministerpräsident **Baldwin** lehnte den Antrag der Opposition mit der Begründung ab, daß es Sache des Parlaments sei, Mißstände in den Notstandsgebieten zu besprechen. Es habe sich ja auch mit derartigen Problemen bereits mehrfach befaßt. **Attlee** erklärte es in seiner Erwiderung für falsch, sich auf Formalien zurückzuziehen. **Baldwin** antwortete er unter Hinweis auf den Empfang der Hungermarsch-Abordnung im Parlament keinen Präzedenzfall schaffen, der seinen etwaigen Nachfolger belasten könnte. Gerade eine Labour-Regierung könne sich dann sehr leicht dem Druck der Straße ausgesetzt sehen und gezwungen werden, unter Aufsicht von Pöbel, der Eintritt in das Parlament verlange, zu arbeiten.

In der Aussprache verteidigte **Sir Stafford Cripps** als Labour-Abgeordneter den Antrag seiner Partei, der auch von den Oppositionsliberalen unterstützt wurde.

Aus dem Munde eines konservativen Redners mußte sich die Arbeiterpartei sagen lassen, daß sie es selbst, als sie an der Macht war, abgelehnt habe, derartige Abordnungen zu empfangen.

Das Haus verwarf zum Schluß den Antrag Attlees auf Vertagung mit 237 gegen 119 Stimmen. Ein weiterer Antrag der Labour Party auf Verkürzung der Arbeitszeit wurde mit 215 gegen 118 Stimmen abgelehnt, während ein Unterstützungsantrag für die Politik der Regierung mit 208 gegen 124 Stimmen angenommen wurde.

Oberhaus-Aussprache über die britische Handelsschiffahrt.

London, 11. November. Im Oberhaus fand am Mittwoch eine Aussprache über die Stellung der britischen Schiffahrt im Welthandel statt. Der konservative **Lord Lloyd** beklagte den Rückgang der britischen Schiffahrt und wies darauf hin, daß japan, Italien und Norwegen dagegen ihre Tonnage seit 1914 verdoppelt hätten. Vor allem sei die Tatsache bedauerlich, daß trotz des regen Warenaustausches zwischen England und Sowjetrußland britische Schiffe hierbei so gut wie keine Verwendung fänden.

Demgegenüber gab Staatssekretär der Vertreter der Regierung **Lord Templemore** auf eine Besserung der Lage in der Schiffahrt während der letzten Jahre hinweisen zu können. Während im Juli 1935 noch 788 Fahrzeuge mit einer Gesamttonnage von 3,2 Millonen Tonnen aufgelegen hätten, seien diese Ziffern im Oktober 1936 auf 166 Schiffe mit 629 000 Tonnen zurückgegangen. Der Redner gab jedoch zu, daß diese Besserung auf die der Trampschiffahrt gezahlte staatliche Unterstützung zurückzuführen sei. Die britische Regierung hoffe, durch eine Besserung der ausländischen Bezahlungen mittelbar auch der Schiffahrt dienen zu können.

Amtliche Verlautbarung über den Besuch Becks in London.

London, 11. November. Das Foreign Office veröffentlichte Mittwoch abend über den Besuch des polnischen Außenministers Beck folgende amtliche Verlautbarung:

„Während der letzten drei Tage hatte der polnische Außenminister sowohl mit dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten als auch mit anderen Mitgliedern der britischen Regierung eine Reihe von Besprechungen über die allgemeine Lage in Europa und über Fragen, die Polen und England unmittelbar angehen.

„Die Minister Beck und Eden freuten sich, eine Uebereinstimmung der Ansichten und Wünsche ihrer beiden Regierungen in Angelegenheiten, die von gemeinsamem Interesse für die beiden Länder sind, feststellen zu können. Sie hatten es für höchst wünschenswert, daß der Versuch, die Regelung der europäischen Probleme zu fördern, weiter verfolgt werden sollte.

„Ferner wurde Gelegenheit genommen, gewisse Punkte in Verbindung mit dem vorgeschlagenen Westpakt zu erwägen, an denen Polen ein Interesse hat. Es wurde anerkannt, daß die Mittel gefunden werden müßten, damit Polens legitime Interessen in dieser Angelegenheit geachtet werden.

„Die Minister Beck und Eden sind der Meinung, daß die internationale Zusammenarbeit am besten innerhalb des Rahmens des Völkerbundes aufrechterhalten werden kann, und daß für die Hoffnungen einer europäischen Befriedung nichts verhängnisvoller sein würde als die anscheinende oder wirkliche Teilung Europas in entgegengesetzte Blocks."

Die italienisch-englischen Verhandlungen.

London, 12. November. Daily Mail, das Blatt, das an einem britisch-italienischen Ausgleich besonderes Interesse nimmt und durch eine Unterredung mit dem Duce die Erörterung ins Rollen brachte, glaubt Näheres über die weitere Entwicklung sagen zu können. Der italienische Botschafter in London, Grandi, werde innerhalb kurzer Zeit nach Rom reisen, um dort Vorschläge zu einer Regelung zu unterbreiten, von der die gesamten Interessen der beiden Länder im Mittelmeer erfaßt werden sollen. Mussolinis freundschaftliche Gesinnung habe in London Eindruck gemacht; man sei voller Hoffnung, daß die Verhandlungen zu einem endgültigen Abkommen führen. Die britische Regierung rüste sich zu einem Austausch von Noten, in denen die einzelnen Interessensphären festgelegt würden.

Aus Rom meldet dazu der Korrespondent desselben Blattes, die Verhandlungen hätten schon begonnen. Man gebe dabei davon aus, daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis der beiden Flotten im Mittelmeer aufrecht erhalten werden solle.

Aehnlich äußert sich auch der diplomatische Korrespondent des **Daily Telegraph.** Die Vorverhandlungen über eine umfassende Verständigung entwickelten sich günstig.

Prinzregent Paul in London.

London, 11. November. Prinzregent Paul von Südslawien und Gemahlin trafen am Mittwoch abend in London ein. Sie sind Gäste des Herzogs und der Herzogin von Kent.

Zwei neue Minister im Irischen Freistaat.

Dublin, 12. November. Auf Vorschlag von de Valera billigte das Parlament die Ernennung zweier neuer Minister. Der Abgeordnete Gerald Boland wurde zum Minister für Grundbesitz ernannt, der Abgeordnete Oscar Traynor zum Postminister. Bisher waren die Posten des Verteidigungs- und des Grundbesitzministers in einer Hand vereinigt.

Scharfe Kampfansage Doriots gegen den Kommunismus.

Paris, 12. November. In der Schlußsitzung der Tagung der Französischen Volkspartei am Mittwoch wurde eine „Kundgebung an das französische Volk" verlesen, in der es heißt, daß die französischen Bürger Angst vor dem Bürgerkrieg und vor einem Einfall von außen her hätten. Man sehe Europa in zwei Lager geteilt und Frankreich in zwei Blocks getrennt. Die französischen Bürger brauchten jedoch nichts zu befürchten.

Frankreich werde nicht überfallen werden, weil die hundertfausend Mitglieder der Französischen Volkspartei die Agenten Stalins aus dem Lande jagen würden, die darauf abzielten, den Krieg für Sowjetrußland auf französischen Boden zu übertragen, und die von französischem Boden aus ihre Herausforderungen an Frankreich, Italien und Spanien richteten.

Anschließend gab der Vorsitzende der Partei, Doriot, den anwesenden Parteimitgliedern Anweisungen für den Kampf, den sie nunmehr im ganzen Lande aufzunehmen hätten. Die erste Aufgabe aller müsse darin bestehen, die ausländischen Agenten aus dem Lande zu verjagen und vor allem den Kommunismus zu bekämpfen.

Aus dem Pariser Vorort St. Denis, der Hochburg der Französischen Volkspartei, sei der Kommunismus bereits verjagt worden, und er werde sich nie wieder dort festsetzen können. Morgen müsse er aus ganz Frankreich verjagt werden.

Universität Budapest unter polizeilicher Ueberwachung.

Budapest, 11. November. Am Mittwoch fanden neue judenfeindliche Kundgebungen der Budapester Studentenschaft statt. Es verlautet hierzu, daß die Polizei Ueberwachung der Zugänge zur Universität und polizeilichen Schutz für die Hochschulen angeordnet.

Die Studenten versammelten sich in größeren Gruppen auf den öffentlichen Plätzen, erzingen sich in judenfeindlichen Rufen und heftigen Angriffen gegen die jüdische Presse der ungarischen Hauptstadt und sangen judenfeindliche Lieder. Berittene Polizei war zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingesetzt und löste die Ansammlungen auf. In den Straßen um die Universität und die Technische Hochschule verteilten die Studenten Abzeichen der nationalistischen ungarischen Pfeilkreuzlerbewegung. Darüber hinaus schlugen sie in allen Teilen der Stadt das bekannte antibolschewistische Plakat an, das einen bolschewistischen Agenten mit jüdischen Gesichtszügen zeigt.

Die Hörer an der Technischen Hochschule forderten die Einführung einer judenfreien Woche.

Der jüdischstämmige Vizer Lloyd sieht sich veranlaßt, die Behörden auf den bedrohlichen Charakter der judenfeindlichen Studentenkundgebungen hinzuweisen. Das Regierungsblatt Esti Ujsag stellt dagegen fest, daß es nicht verwunderlich sei, daß weiteste ungarische Kreise heute Judentum und Kommunismus gleichsetzen, da bei alle in der letzten Zeit aufgedeckten kommunistischen Hetzpropaganda die Anführer stets Juden gewesen seien!

Rücktritt in der rumänischen Diplomatie.

Bukarest, 11. November. Der König hat ein Dekret unterzeichnet, mit dem mehrere Veränderungen in der rumänischen Diplomatie vollzogen werden. Zum Gesandten in London wurde Basil Grigorcea, bisher Generalsekretär im Außenministerium, ernannt. Zum Gesandten in Wien wurde der bisherige Gesandte in Belgrad Gurianescu ernannt, an dessen Stelle Victor Cadere tritt, der bis zum Jahre 1934 Rumänien in Warschau vertrat. Zum Gesandten in Riga wurde Basil Stoica, zum Gesandten in Helsinki der bisherige Gesante in Wien, Brediceanu, und zum Gesandten in Bern Antonide ernannt.

Leichte Unpäßlichkeit Victor Emanuels III.

Rom, 11. November. Der König von Italien und Kaiser von Abhoipien hat, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, an der militärischen Feier anläßlich seines Geburtstages in Rom nicht teilnehmen können, da er sich eine leichte Erkältung zugezogen hat, die jedoch keinerlei Besorgnis hervorruft.

Bombardierung der befestigten Stellungen vor Madrid.

Salamanca, 12. November. Der Sender Teneriffa meldet, daß am Mittwoch nationale Flieger die befestigten Stellungen vor Madrid wiederholt mit Bomben belegt und Ansammlungen von Marxisten auseinandergetrieben hätten. Im übrigen sei der Mittwoch hauptsächlich ein Ruhetag für die nationalen Truppen gewesen, die sich darauf beschränkt hätten, Säuberungsaktionen in den bereits besetzten Stadtvierteln durchzuführen.

Im Madrider roten Sender sahen nahm am Mittwoch abend ein Anarchistenführer, der gleichzeitig ein rotes Militärbataillon befehligt, zu der Flucht der sogenannten „Regierung" sowie des roten „Staatspräsidenten" Azana nach Valencia bzw. Barcelona Stellung. Er erklärte, daß seiner von den „führenden" Männern, die aus Feigheit aus Madrid geflohen seien, sie wiederkommen oder gar „maßgebende Stellungen im roten Spanien" einnehmen könne. Darauf sprach ein anderer roter Militärführer, der ebenfalls deutlich von der roten „Regierung" abrückte und diese als Feiglinge bezeichnete.

Der Madrider rote Sender gibt ferner einen Aufruf des „Verteidigungskommissariats" bekannt, wonach alle nicht der roten Milizen angehörenden Einwohner der Hauptstadt sofort sämtliche in ihrem Besitz befindlichen Waffen abliefern sollen. Diese Maßnahme läßt vermuten, daß sich die Spannung in den Reihen der Rotfronter in den letzten Tagen erneut verschärft hat, so daß bewaffnete Auseinandersetzungen befürchtet werden.

Sowjetrussisches Kriegsmaterial nach Barcelona unterwegs.

Paris, 12. November. Nach dem Matin sollen zwei weitere sowjetrussische Frachtdampfer mit Waffen und Kriegsmaterial aus Sebastopol nach Barcelona unterwegs sein, wo sie spätestens am 15. November eintreffen würden. Die Sowjetschiffe hätten u. a. auch Kampfwagen und moderne Flugzeuge sowie eine Flugzeugmannschaft an Bord.

Kommunistische Propagandazentrale in Budapest aufgedeckt.

Budapest, 11. November. Nach wochenlangen mühevollen Nachforschungen ist es der politischen Polizei nunmehr gelungen, in Budapest ein weitverzweigtes kommunistisches Propagandanetz aufzudecken und unschädlich zu machen. Bereits in den letzten Tagen wurden 25 kommunistische Agenten verhaftet. Am Mittwoch gelang der Polizei ein weiterer Schlag durch die Festnahme von neun führenden Kommunisten. Unter den Verhafteten befindet sich der Anführer des großangelegten kommunistischen Komplotts in Ungarn, der Jude Reingold, sowie eine 16jährige jüdische Schülerin, die der zionistischen Kampforganisation „Somer" angehört.

Nach den polizeilichen Feststellungen wird bei der kommunistischen Zersetzungsarbeit in Ungarn auf Anweisung der Moskauer Zentrale eine völlig neue Taktik verfolgt. Diese neue Taktik der Moskauer Zentrale sieht die Auflösung sämtlicher kommunistischen Organisationen vor. An Stelle der Flugzettelpropaganda tritt die Bildung kommunistischer Zellen und die Propaganda von Mund zu Mund. Die Aufdeckung des neuen kommunistischen Organisationsnetzes stieß daher auch auf außerordentliche Schwierigkeiten.

Das Verhör der verhafteten kommunistischen Rädelsführer ergab, daß man nach der neuen Methode an den Universitäten, Hochschulen und Mittelschulen kommunistische Zellen gebildet hatte, die in einer streng getarnten Form arbeiteten. Eine besondere Rolle spielte hierbei die verhaftete 16jährige jüdische Schülerin, die einen kommunistischen Schulungskurs abhielt und eine außerordentlich rege Propagandatätigkeit in den Mittelschulen entfaltete. Die vor einigen Monaten aufgedeckte kommunistische Propaganda in den Mittelschulen, die zur Verhaftung von kommunistischen jüdischen Schülern und Schülerinnen führte, war auf ihren Einfluß zurückzuführen.

Das Ziel der kommunistischen Tätigkeit war vor erster Linie die Zersetzung der sozialdemokratischen Fachgewerkschaften. Die in der letzten Zeit verhafteten 28 kommunistischen Agenten waren zum größten Teil jüdische Intellektuelle. Sie hatten die Aufgabe, in die Leitungen der verschiedensten Organisationen und Verbände einzudringen und diese kommunistisch zu versiechen. Es wurde festgestellt, daß der Rädelsführer, der Jude Reingold, weitgehende finanzielle Mittel von der „Roten Hilfe" erhalten hatte. Bei ihm wurde ein in allen Einzelheiten ausgearbeiteter Aktionsplan vorgefunden, wodurch die Aufdeckung des kommunistischen Komplotts möglich wurde.

Rote marxistische Strolche überfallen Gesandtschaften.

Mexiko, 11. November. In den frühen Morgenstunden des Mittwochs ereignete sich in Mexiko ein Zwischenfall, der mit der Anerkennung der Burgos-Regierung durch Salvador und Guatemala in Zusammenhang steht.

Eine kommunistische Horde überfiel die Gesandtschaft von Salvador, die sie in Brand zu stecken versuchte. Es wurde erheblicher Schaden angerichtet. Fünf Banditen, darunter vier Salvadoraner und ein Kubaner, konnten von der Polizei verhaftet werden. Der Chef des Protokolls und der mexikanische Außenminister sprachen dem Gesandten das Bedauern ihrer Regierung über das Attentat aus. Gleichzeitig wurde ein ähnlicher Anschlag auf die Gesandtschaft von Guatemala versucht, wobei jedoch nur geringer Schaden angerichtet wurde.

Der Ueberfall auf die Gesandtschaften ist, wie sich nunmehr herausgestellt hat, von Roten verübt worden, die erst kürzlich aus Barcelona nach Mexiko kamen. Die Täter hatten Ausweise der roten „Regierung" in Madrid bei sich.

Die mexikanische Presse verurteilt den Anschlag auf die beiden Gesandtschaften einmütig. Die mexikanische Regierung hat Bestrafung der Täter zugesichert.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.